

*Sabrina J. Mayer*

*Achim Goerres*

*Dennis C. Spies*

**Die Wahlbeteiligung der Deutschen mit  
Migrationshintergrund – Befunde der Immigrant  
German Election Study (IMGES)**

**Zusammenfassung**

Basierend auf einer neuen Wahlstudie aus dem Kontext der Bundestagswahl 2017 analysiert dieser Beitrag die Einflussfaktoren für die Wahlbeteiligung bei Deutschen mit Migrationshintergrund. Er konzentriert sich auf die beiden größten Migrantengruppen in Deutschland, nämlich deutsche Staatsbürger/innen, die selbst oder deren Eltern in der Türkei oder der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten geboren sind. Wir zeigen erstens, dass die Wahlbeteiligung bei Deutschen mit Migrationshintergrund substanzial niedriger liegt als bei der Mehrheitsbevölkerung. Zweitens weisen wir nach, dass die Standardmodelle der Wahlbeteiligungsforchung, wie das Ressourcenmodell, psychologische Einflussgrößen und das Mobilisierungsmodell, interindividuelle Unterschiede erklären können, während migrantenspezifische Ansätze, wie Sprachkenntnisse, ethnische Netzwerke und Diskriminierung, weder einen direkten noch zusätzlichen Einfluss aufweisen. Drittens zeigen wir, dass die Ergebnisse in beiden Migrantengruppen gleichermaßen gut (Standardmodelle) bzw. schlecht (migrantenspezifische Ansätze) ausfallen, und es Unterschiede lediglich auf der Ebene der einzelnen Variablen gibt.

## **1. Einleitung<sup>1</sup>**

Die Teilnahme an Wahlen stellt den bedeutendsten und oftmals auch einzigen Akt der politischen Beteiligung der Bürger/innen in westlichen Demokratien dar (Brady et al. 1995). Viele bisherige Studien zeigen jedoch, dass nicht alle sozialen Gruppen in gleichem Ausmaß an Wahlen teilnehmen (Schäfer et al. 2016; Gallego 2010). Dies ist problematisch: Je geringer die politische Involviering von bestimmten Gruppen, desto weniger Anreize bestehen für politische Akteure die Anliegen dieser Gruppen zu berücksichtigen – und je weniger sich Gruppenmitglieder politisch vertreten fühlen, desto weniger werden sie sich an Wahlen beteiligen. Ein solcher Teufelskreis kann die Legitimität des politischen Systems bedrohen (Dalton 2008). Sozial gleichverteilte Partizipationsraten sind dabei besonders in multikulturellen Gesellschaften von hoher Wichtigkeit, da eine ungleiche Wahlbeteiligung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotential darstellt.

In den meisten westlichen Demokratien beobachten wir steigende Anteile von Bürger/innen mit Migrationshintergrund (z.B. Heath et al. 2013). Und so waren auch bei der Bundestagswahl 2017 in Deutschland bereits mehr als 10 Prozent aller Wahlberechtigten entweder selbst zugewandert oder hatten mindestens einen Elternteil mit eigener Migrationserfahrung. Obwohl diese Gruppe damit eine erhebliche numerische Größe darstellt, ist gleichzeitig nur sehr wenig über ihre politischen Einstellungen und Präferenzen bekannt. Im Zentrum unseres Beitrags stehen daher die Forschungsfragen, (1) ob es einen Unterschied in der Wahlbeteiligungsrate bei Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund gibt, (2) ob die Wahlbeteiligung von Bürger/innen mit Migrationshintergrund mit etablierten Theorien der Wahlforschung erklärt werden kann, (3) ob migrantenspezifische Faktoren, wie ethnische Identität oder Diskriminierungserfahrung, die Partizipationslücke besser erklären können bzw. die Erklärungskraft der Standardmodelle zusätzlich signifikant verbessern und (4) ob es Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Migrantengruppen, Deutschen aus der Türkei und Russlanddeutschen, gibt.

Im folgenden Beitrag werden wir zuerst den historischen Kontext von Immigranten als Wähler/innen bei der Bundestagswahl 2017 darstellen. Anschließend erfolgt die Diskussion bisheriger allgemeiner theoretischer Ansätze zur Erklärung der Wahlteilnahme, bevor die bestehenden Erklärungen aus dem

<sup>1</sup> Die Analyse wurde ermöglicht durch das DFG-Projekt GO 1833/5-1 (Leitung: Achim Goerres und Dennis C. Spies). Die Analyse basiert auf gemeinschaftlichen konzeptionellen Überlegungen aller drei Autor/innen. SM hat die Erstversion des Textes erstellt und alle empirischen Analysen durchgeführt. DS und AG haben den Text überarbeitet. Alle Autor/innen haben die finale Version gemeinsam erstellt. Die Autor/innen danken Erik Wenker für sprachliche Hinweise.

Bereich der Migrationsforschung mit einbezogen werden. Im empirischen Teil werten wir repräsentative Daten der Immigrant German Election Study zur Bundestagswahl 2017 aus.

## **2. Die Bundestagswahl 2017 und Wähler/innen mit Migrationshintergrund**

Der Anteil an wahlberechtigten Personen, die entweder selbst zugewandert sind oder die mindestens einen Elternteil mit eigener Migrationserfahrung hatten, lag bei der Bundestagswahl 2017 mit etwa 10 Prozent der gesamten Wahlbevölkerung so hoch wie niemals zuvor. Während die Zahl der Wahlberechtigten von 2005 bis 2017 ungefähr bei 61.5 bis 62.4 Millionen stabil geblieben ist, stieg gleichzeitig die Zahl der Wähler/innen mit Migrationshintergrund in der 1. oder 2. Generation von 4.8 auf knapp 6.1 Millionen. Zugleich nahm die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer im Alter von 18 Jahren und älter im selben Zeitraum von 5.6 auf 9.2 Millionen Personen zu (eigene Berechnungen basierend auf DESTATIS 2018). Niemals zuvor waren also Personen mit Migrationshintergrund so zahlreich innerhalb und außerhalb der deutschen Wählerschaft vertreten wie im Jahr 2017. Unter den Wähler/innen mit Migrationshintergrund waren die Deutschen mit türkischem und post-sowjetischem Hintergrund die zwei relevantesten Gruppen, was sich nicht nur in ihrer Größe, sondern auch in der ihnen zuteil gewordenen öffentlichen Aufmerksamkeit zeigte.

Für die in Deutschland lebenden Türken und für die Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund muss der Putschversuch in der Türkei am 15./16. Juli 2016 als einschneidendes politisches Ereignis gelten. Während deutsche Politiker des ganzen politischen Spektrums sich mehrheitlich und deutlich vehementer als zuvor gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wandten, wurde der Höhepunkt der Spannungen kurz vor der Bundestagswahl 2017 erreicht, als Präsident Erdogan sich aktiv dafür aussprach, dass Deutsche aus der Türkei weder für die CDU, noch für die SPD oder die Grünen stimmen sollten, da diese Parteien "Feinde der Türkei" seien (Der Tagesspiegel 2017). Eine ähnlich aufgeheizte Debatte entwickelte sich auch um Deutschlands größte Gruppe von Wähler/innen mit Migrationshintergrund, die Russlanddeutschen. Auslöser war hier 2016 der sogenannte "Fall Lisa", ein 13-jähriges Mädchen mit russlanddeutschen Wurzeln, das berichtete, von Flüchtlingen vergewaltigt worden zu sein. Obwohl sich diese Anklage später als falsch herausstellte, war sie dennoch Anlass für eine plötzliche Massenmobilisation von Russlanddeutschen in ganz Deutschland mit insgesamt bis zu 10.000 Demonstranten. Da es sich bei den Russlanddeutschen zu etwa 90 Prozent um deutsche Staatsbürger handelt, wurde dieser Protest mit großer Sorge kommentiert (Die Welt 2016).

Der Themenhaushalt der Bundestagswahl 2017 war im Wesentlichen von Migration und Integration bestimmt, die den ersten Platz bei der Frage nach dem wichtigsten Problem 2017 belegten (Pätzold et al. 2017). Die Bundesregierung hatte als Reaktion auf die Flüchtlingskrise mehrere eher restriktive Gesetzesänderungen eingeleitet, wie das Asylpaket I & II und das Integrationsgesetz 2016. Da die Regierungsparteien es jedoch, mit Ausnahme der CSU, vermieden, die eigenen restiktiveren Policy-Änderungen im Wahlkampf zu nutzen, gelang es der AfD erfolgreich dieses Themengebiet zu besetzen und zum ersten Mal in das neu gewählte Parlament einzuziehen.

Betrachten wir das Parteienangebot, so gab es 2017 nur wenige Versuche der Parteien, Zuwanderer gezielt anzusprechen. Eine Ansprache der Russlanddeutschen erfolgte erst spät im Wahlkampf durch die CDU/CSU mit dem Versuch, ein zusätzliches Netzwerk für Aussiedler zu gründen und eine Erhöhung der Renten für Aussiedler im Wahlprogramm zu verorten (Siebenbürgische Zeitung 2017). Auch die LINKE erwähnte zumindest im Parteiprogramm den Wunsch nach einer besseren Beziehung zu Russland ohne Sanktionen. Die AfD hingegen unternahm regelmäßig Anstrengungen diese Migrationsgruppe zu adressieren, sei es durch Gründung eines eigenen Parteinetzwerkes, Aufstellung russlanddeutscher Kandidaten oder eine Übersetzung des Parteiprogramms ins Russische (Goerres et al. 2018a). Betrachten wir die Ansprache der Deutschen aus der Türkei, so trat mit Cem Özdemir erstmals für B'90/Grünen ein Spitzenkandidat türkischer Herkunft an. In den Parteiprogrammen der Parteien wurde über die Lager hinweg unisono Entwicklungen und Politik der Türkei kritisiert - es wurden jedoch keine konkreten Ideen für oder Angebote gegenüber den Deutschen aus der Türkei geäußert. In Reaktion auf den Wahlauftruf Erdogans wurden die Deutschtürken von Seiten der SPD und CDU aufgerufen, nicht auf Erdogans Appelle zu reagieren (WirtschaftsWoche 2017).

Wie haben Russlanddeutsche und Deutsche aus der Türkei nun bei der Bundestagswahl 2017 gewählt? Betrachten wir die Wahlbeteiligung, so müssen wir gleichzeitig berücksichtigen, dass wir in Umfragen in der Regel ein "Overreporting" beobachten und der Anteil höher liegt als das amtliche Endergebnis. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass Personen, die tatsächlich gewählt haben, in (politischen) Umfragen überrepräsentiert sind oder dass soziale Erwünschtheitseffekte dazu führen, dass Nichtwähler/innen falsche Angaben machen (Burden 2000). Im Schnitt liegt die berichtete Wahlbeteiligung mit 74 Prozent für Deutsche aus der Türkei und 67 Prozent bei Russlanddeutschen etwa 15 bis 20 Prozentpunkte unterhalb der berichteten Wahlbeteiligung der Mehrheitsbevölkerung in der deutschen Nachwahlstudie 2017 (89 Prozent).

*Tabelle 1:* Zweitstimmergebnisse bei der Bundestagswahl 2017

	<b>DTÜR</b>	<b>DRUS</b>	<b>Alle Deutschen (GLES)</b>	<b>Amtliches Endergebnis</b>
<i>Zweitstimme BTW 2017</i>	Alle	Alle		
<i>CDU/CSU</i>	20	27	31	33.0
<i>SPD</i>	35	12	22	20.5
<i>LINKE</i>	16	21	9	9.2
<i>GRÜNE</i>	13	8	12	8.9
<i>FDP</i>	4	12	12	10.7
<i>AfD</i>	0	15	10	12.6
<i>Andere</i>	12	5	4	5.1
<i>n</i>	275	301	1.693	

Betrachten wir das Zweitstimmergebnis in Tabelle 1, so sehen wir, dass die SPD noch stärkste Partei in der Gruppe der Deutschtürken ist, ihre Dominanz im Vergleich zu früheren Untersuchungen jedoch stark abgenommen hat (Wüst 2004). Zweitstärkste Partei ist heute die CDU/CSU vor der LINKEN. Im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung, wo die AfD drittstärkste Partei ist, liegt der Anteil der AfD-Wähler hingegen bei 0 Prozent. Bei den Russlanddeutschen ist die CDU/CSU stärkste Partei, wie auch in der Mehrheitsbevölkerung. Mit 27 Prozent ist dieser Anteil jedoch geringer als bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund und weit entfernt von Schätzungen aus den späten 1990er Jahren (Wüst 2004). Zweitstärkste Partei ist die LINKE (21), gefolgt von der AfD (15). Vergleichen wir den AfD-Zweitstimmanteil zwischen GLES und amtlichem Endergebnis, so sehen wir ein "Underreporting" und eine Differenz von etwa 3 Prozentpunkten. Es ist anzunehmen, dass der Anteil von 15 Prozent bei Russlanddeutschen eine eher konservative Schätzung darstellt, die jedoch weit unter den Werten liegt, die die Berichterstattung im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 vermuten ließ (Spiegel Online 2017).

### **3. Einflussfaktoren für die politische Teilhabe von Wählern mit Migrationshintergrund**

#### *3.1. Standardmodelle der Wahlbeteiligung*

Die Menge der diskutierten Einflussfaktoren für die individuelle Wahlbeteiligung ist mittlerweile kaum noch überschaubar. Als Ergebnis einer Meta-Analyse stellen Smets und van Ham (2013: 356) fest, dass es zudem keinen Konsens über ein sogenanntes "Core Model" der Wahlbeteiligung gibt. Für eine theoriegeleitete Auswahl der Determinanten greifen wir daher auf die drei zentralen theoretischen Modelle zur Erklärung politischer Partizipation zurück (Brady et al. 1995). Dem Ressourcenmodell zufolge entscheidet die individuelle Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen über die grundlegende Fähigkeit der Bürger/innen zur politischen Teilhabe, da sie positiv mit dem politischen Interesse korreliert ist und so die Partizipationsbereitschaft erhöht (Schlozman et al. 1994). Studien aus den USA konnten zeigen, dass die Ressourcenausstattung die politische Involvierung von Migranten positiv beeinflusst (DeSipio 1996). Auch in europäischen Demokratien konnte die Bedeutung der Ressourcenausstattung für die Beteiligung auf verschiedenen Ebenen nachgewiesen werden (Diehl und Blohm 2001; Bevelander 2015; Wüst 2004; Heath et al. 2013).

Ein zweiter Erklärungsstrang umfasst psychologische Gründe. Hierunter können zum einen Rational-Choice-Erklärungen verortet werden, denen zufolge Bürger/innen nicht an Wahlen teilnehmen, weil sie sich von einem Regierungswechsel keine Änderung des Nutzendifferentials versprechen, aber auch ein fehlendes Wahlpflichtgefühl ist Teil dieses Ansatzes (Downs 1957; Blais und Achen 2018). Zum anderen fallen hierunter politische Einstellungen und Überzeugungen (Campbell et al. 1960): Bisherige Studien bei Wählern mit Migrationshintergrund zeigen, dass das Gefühl der politischen Wirksamkeit und die Bindungen an Parteien geringer ausgeprägt sind als bei der Mehrheitsbevölkerung (Diehl und Blohm 2001; Wüst 2004), während die Demokratiezufriedenheit etwas höher liegt (Heath et al. 2013).

Den dritten Erklärungsstrang stellen Arbeiten zur Mobilisierung dar. Politische Gespräche mit Partner, Freunden, Bekannten und Kollegen oder die direkte Ansprache im Wahlkampf mobilisieren Individuen – und das gilt umso mehr, je enger und persönlicher die Bindung zum Gegenüber ist. Durch diesen Austausch würden Individuen fortlaufend daran erinnert, dass eine Wahl stattfinde und durch die Aktivierung sozialer Normen zur eigenständigen Teilnahme motiviert (z.B. Gerber und Rogers 2009). Auch die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften stehe somit aufgrund mobilisierender Botschaften im Gottesdienst und bei Veranstaltungen in positivem Verhältnis zur Wahlteilnahme, wie auch Bevelander

et al. (2014) für Bürger/innen mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich zeigen.

### *3.2. Migrantenspezifische Erklärungsansätze*

Wir wenden uns nun den migrantenspezifischen Ansätzen zu und stellen die wichtigsten Erklärungsvariablen dar, um später zu überprüfen, ob sie in einem signifikanten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung stehen, wenn sie alleine bzw. ergänzend zu den Standardmodellen berücksichtigt werden.

Für das Ressourcenmodell sind die oft untersuchten migrantenspezifischen Faktoren Sprachkenntnisse und Länge des Aufenthalts von Relevanz. Mit steigenden Kenntnissen der Sprache des Aufnahmelandes steigt auch die politische Partizipationsbereitschaft, da Sprachkenntnisse eine notwendige Bedingung darstellen, Informationen über das politische System und seine Akteure finden und verstehen zu können. Bisherige Studien zeigen einen positiven Zusammenhang bei Immigranten in Großbritannien und den USA (Cho 1999; Heath et al. 2013). Analog zum Zusammenhang mit dem Lebensalter wird auch bei der Länge des Aufenthalts im Aufnahmeland angenommen, dass mit steigender Aufenthaltsdauer das politisch relevante Wissen zunimmt. In der Tat finden sich positive Zusammenhänge in Studien aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten (Heath et al. 2013; Leal et al. 2008).

Auf Seite der psychologisch relevanten Einflussfaktoren werden in der bestehenden Forschung zur politischen Partizipation von Immigranten besonders häufig ethnische Identität und Diskriminierungserfahrung betrachtet. Erstere geht dabei auf den Ansatz der sozialen Identität zurück (Tajfel und Turner 1979), die den Teil des Selbstkonzeptes eines Individuums darstellt, "which derives from [his] knowledge of [his] membership of a social group (or groups) together with the value and emotional significance attached to that membership" (Tajfel 1978: 63). Politische Partizipation wird demnach nicht nur durch instrumentelle Faktoren beeinflusst, sondern dient auch dazu, expressive Motive zu erfüllen und der eigenen Identität Ausdruck zu verleihen (Fischer-Neumann 2014). Es besteht demnach ein positiver Zusammenhang zwischen dem Gefühl der eigenen Gruppenzugehörigkeit und der politischen Partizipation. Individuen identifizieren sich jedoch gleichzeitig mit verschiedenen Gruppen, die bei Immigranten sowohl die Aufnahmegerellschaft als auch die Herkunftsgruppe umfassen können. Für die Konzeptualisierung verschiedener Identifikationstypen greifen wir auf die Arbeiten von Berry (1984) zurück, der vier Typen kultureller Adaption unterscheidet, die vom Ausmaß der Identifikation mit Aufnahme- und Herkunftsland abhängen. Als mögliche Identifikationstypen ergeben sich "Assimilation", bei der eine Identifikation mit dem Aufnahmeland besteht, "Separation", bei der nur eine Identifikation mit dem

Herkunftsland vorliegt, "Marginalisierung", bei der keine Identifikation mit einer Kultur vorliegt und "Integration", die eine Identifikation mit beiden Kulturen beinhaltet. In neueren Studien wird dieser letzte Typ oftmals als "duale Identität" bezeichnet (Simon und Grabow 2010). Der Identifikationstyp der "Integration" entfaltet vor allem mobilisierende Wirkung, da hier Ungerechtigkeitsempfindungen (resultierend aus der Identifikation mit einer Minderheitsgruppe) und ein Gefühl zu politischem Handeln berechtigt zu sein (basierend auf der Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft) zusammenkommen (Simon und Klandermans 2001). Bisherige Studien zum Einfluss dualityer Identität bei Immigranten zeigen einen positiven Zusammenhang mit der politischen Partizipation, der über den Einfluss bloßer soziodemographischer Variablen hinausgeht (Fischer-Neumann 2014; Simon und Grabow 2010). Es stellt sich jedoch die Frage, welche Erklärungskraft für ein solches Konzept bleibt, wenn die Standardmodelle der Wahlbeteiligungsforschung mit einbezogen werden, da die zentralen Variablen für die Erklärung der dualen Identität, politisches Interesse und Zufriedenheit mit dem politischen System, Teil der Standardmodelle sind.

Ein weiterer Erklärungsfaktor für die politische Partizipation von Immigranten stellt subjektiv wahrgenommene Diskriminierung im Aufnahmeland dar. Hinsichtlich der Konsequenzen von Diskriminierung zeigt sich neben negativen Effekten für die seelische und körperliche Gesundheit (siehe Oskooii 2018 für einen umfassenden Literaturüberblick) zum einen, dass Diskriminierung zu geringerem Vertrauen in andere Personen und in politische Institutionen führt (Brehm und Rahn 1997). Saggar (2000) führt daher beispielsweise die niedrigeren Beteiligungsraten von Immigranten auf Diskriminierungserfahrungen zurück. Diese Ergebnisse stützen die These, dass Diskriminierung dazu führt, dass Bürger/innen wenig Interesse haben, ihre begrenzte Zeit und Ressourcen für die politische Partizipation einzusetzen. Zum anderen gibt es jedoch auch empirische Evidenz, dass Diskriminierung die politische Partizipation von Immigrantengruppen fördern kann: Falls Diskriminierung nicht auf die eigene Person, sondern auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe/sozialen Kategorie zurückgeführt wird, können hierdurch Gefühle der gemeinsamen Identität, eines gemeinsamen Schicksals ("linked fate") sowie die Gruppenbindung als solche gestärkt werden (Sanchez 2006; Stokes 2003). Generell vermuten wir nur einen geringen zusätzlichen Einfluss der Diskriminierung, wenn wir zugleich Standardfaktoren mit einbeziehen, da Diskriminierung im Wesentlichen mit anderen Variablen, wie beispielsweise der Zufriedenheit mit dem politischen System und dem Empfinden der eigenen politischen Wirksamkeit, zusammenhängt.

Das mobilisierende Potential von ethnischen Netzwerken stellt einen weiteren Erklärungsfaktor dar, der oftmals zur Analyse der politischen Partizipation von Immigranten betrachtet wird: Fennema und Tillie (1999) argumentieren, dass es eine kausale Verbindung zwischen der Mitgliedschaft in ethnischen Netzwerken und der Wahlbeteiligung gäbe, da diese auf der individuellen Ebene soziales Vertrauen generiert, das sich wiederum positiv auf politisches Vertrauen und politische

Partizipation auswirkt. Zur präziseren Analyse des Einflusses wurde eine Unterscheidung in Bridging- und Bonding-Sozialkapital eingeführt (Jacobs und Tillie 2004). Während Bridging Capital tatsächlich den vermuteten positiven Einfluss auf die politische Partizipation haben kann, da es Netzwerke von Immigranten mit Netzwerken der Mehrheitsbevölkerung verbindet und daher neue Ressourcen für Immigranten bereitstellt, ist weniger eindeutig, warum Bonding Capital die politische Partizipation im Aufnahmeland beeinflussen sollte (siehe auch Diehl und Blohm 2001). Der Einfluss von Organisationsmitgliedschaften findet sich auch in den Standardmodellen, so beispielsweise bei Brady et al. (1995). Die Frage ist, was die Mitgliedschaft in ethnischen Netzwerken noch zusätzlich zu erklären vermag, wenn wir allgemein für Organisations-Mitgliedschaften kontrollieren.

#### 4. Daten und Operationalisierung

Für alle nachfolgenden Analysen greifen wir auf Daten der Ersten Deutschen Migrantенwahlstudie (Immigrant German Election Study, IMGES) zurück, die nach der Bundestagswahl 2017 vom 4. Oktober bis 3. Dezember 2017 erhoben wurden (Goerres et al. 2018a). Hierfür wurden deutsche Staatsbürger ab 16 Jahren persönlich befragt, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil aus der Türkei oder aus der ehemaligen Sowjetunion stammte (für Details zur Stichprobenziehung siehe A.1 im Anhang). Falls die Interviewer die Sprachkenntnisse einer Zielperson als nicht ausreichend einschätzten, bestand auch die Möglichkeit, das Interview zum Selbstausfüllen als CASI auf Russisch oder Türkisch durchzuführen. Alle Auswertungen werden nur mit den Teilnehmern durchgeführt, die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt und damit wahlberechtigt waren (N=947). Wir gewichten unsere Daten mit einem Poststratifikationsgewicht, das Unterschiede in der Auswahlwahrscheinlichkeit und Ausschöpfungsrate ausgleicht (für weitere Details siehe Goerres et al. 2018b). Das Vorgehen der IMGES erfolgte dabei hinsichtlich Feldzeit, Erhebungsmodus und erhobenen Variablen der Nachwahlbefragung der German Longitudinal Election Study (GLES), um Analysen auch im Abgleich mit der autochthonen Bevölkerung durchführen zu können. Für die Analyse der Mehrheitsbevölkerung greifen wir daher auf die Nachwahlwelle der GLES 2017 zurück, die wir mit dem entsprechenden Poststratifikationsgewicht für Gesamtdeutschland gewichten. Wir schließen dabei die 301 Befragten aus der Analyse aus, die angeben, einen Migrationshintergrund zu haben, sodass uns ein Sample mit 1.735 Deutschen ohne Migrationshintergrund zur Verfügung steht.

Als abhängige Variable greifen wir auf die Rückerinnerungsfrage bei der Bundestagswahl 2017 zurück. 74 Prozent der türkeistämmigen Befragten, 67 Prozent der Russlanddeutschen und 89 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund gaben an, an der Wahl teilgenommen zu haben.

Für die Operationalisierung des Ressourcenmodells greifen wir auf Alter, das quadrierte Alter (um für kurvilineare Effekte zu kontrollieren), formale Bildung und Geschlecht zurück<sup>2</sup>. Formale Bildung hat dabei drei Kategorien: niedrig (Hauptschulabschluss bzw. weniger als 10 Jahre), mittel (Realschulabschluss bzw. 10-11 Jahre Schulbesuch) und hoch (Fachabitur, Abitur bzw. mehr als 10 Jahre Schulbesuch). Um Civic Skills zu operationalisieren, rekurrieren wir auf die Frage nach der aktiven Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Für politische Einstellungen und Überzeugungen nutzen wir die Parteiidentifikation (ja oder nein), interne politische Wirksamkeit und Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie zurück. Demokratiezufriedenheit wird mit der Frage "Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?" erfasst (1 "überhaupt nicht zufrieden" bis 4 "sehr zufrieden"). Interne politische Wirksamkeit wird mit dem Item "Politische Fragen sind für mich oft schwer zu verstehen" erhoben (1 "trifft überhaupt nicht zu" bis 5 "trifft voll und ganz zu"). Für die Messung der Parteiidentifikation wurde die Standardfrage "In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu?" verwendet. Befragte, die keine Partei angaben, erhalten den Wert 0, alle anderen Befragten den Wert 1. Wir verzichten darauf, das politische Interesse mit einzubeziehen, da dieses der Wahlbeteiligung kausal sehr nahesteht und eine Vielzahl der Effekte überdecken würde.

Für das Mobilisierungsmodell greifen wir auf Familienstand, Gespräche mit Freunden und Teilnahme an religiösen Zusammenkünften zurück. Für die Operationalisierung des Familienstandes kodieren wir alle Befragten, die angaben, mit einem festen Partner, egal ob verheiratet oder nicht, zusammenzuleben als 1 und alle anderen als 0. Die Frequenz von Gesprächen über Politik wurde mit der Frage "An wie vielen Tagen haben Sie sich in der vergangenen Woche mit anderen Personen, z.B. Familienmitgliedern, Freunden oder Arbeitskollegen, über die Parteien und die Politik unterhalten?" erfasst (0 bis 7 Tage). Zuletzt erfassen wir noch die Teilnahme an religiösen Zusammenkünften. Für IMGES nutzen wir die Frage "Abgesehen von Begräbnisfeiern, Taufen und Heiraten, wie oft praktizieren Sie Ihre Religion zum Beispiel, indem Sie an religiösen Zusammenkünften teilnehmen?" (1 "täglich" bis 6 "nie"). Für die GLES liegt diese Frage nicht vor, hier greifen wir auf die Frage zurück, ob man aktives bzw. passives Mitglied in religiösen/kirchlichen Gruppen sei.

Wenden wir uns nun den migrantenspezifischen Variablen zu. Für das Ressourcenmodell erfassen wir Sprachkenntnisse und die Zeit, die bisher in Deutschland verbracht wurde. Die Sprachkenntnisse wurden über eine

<sup>2</sup> Aufgrund der hohen Zahl von fehlenden Werten sehen wir von der Verwendung des Haushaltseinkommens ab. Wir haben als Robustheitscheck alle Analysen unter Einbezug des Einkommens geschätzt und sehr ähnliche Ergebnisse erhalten.

Selbsteinschätzungsfrage erhoben, wie gut man Deutsch spreche (sehr gut bis sehr schlecht). Zusätzlich berücksichtigen wir die Migrationsgeneration und die in Deutschland verbrachte Lebenszeit, indem wir die Zeit in Jahren seit der Migration nach Deutschland durch das Lebensalter teilen. Der resultierende Quotient reicht von 0.02 bis 1 (für Personen der zweiten Migrationsgeneration, die ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben).

Für die Mobilisierung durch ethnische Netzwerke fragen wir für neun Organisationen, ob die Befragten an mindestens einer Aktivität in den letzten 12 Monaten teilgenommen haben, z.B. in Sportvereinen. Im Anschluss daran haben wir jeweils erfasst, ob mehr als die Hälfte der Mitglieder in der jeweiligen Organisation aus demselben Herkunftsland wie die Befragten kommt. Für Bridging Capital zählen wir alle Organisationen, in denen die Mehrheit der Mitglieder nicht aus demselben Herkunftsland kommt, für Bonding Capital alle Organisationen, für die dies der Fall ist. Beide Variablen können zusammen maximal den Wert 9 annehmen. Für psychologische Einflussfaktoren erfassen wir Diskriminierungserfahrung sowie nationale/ethnische Identität. Zur Erfassung der subjektiv wahrgenommenen Diskriminierung setzen wir zuerst eine Filterfrage ein, die erhebt, ob sich jemand als Teil einer benachteiligten Gruppe in Deutschland bezeichnen würde. Anschließend werden Befragte, die "ja" angaben, gefragt, wie oft die Befragten in den letzten fünf Jahren sich persönlich in sechs Bereichen (Arbeitsmarkt, Wohnungssuche, etc.) diskriminiert gefühlt haben (1 "nie", 2 "selten" und 3 "häufig"). Wir berechnen die durchschnittliche Diskriminierungsfrequenz über alle sechs Bereiche; die Variable nimmt die Werte 1 bis 3 an. Alle anderen Befragten, die auf die anfängliche Filterfrage nicht mit "ja" geantwortet haben, kodieren wir mit dem Wert 0. Für ethnische und nationale Identität wurde für verschiedene Gruppen gefragt, wie sehr man sich als Gruppenmitglied fühle, "Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie sehr fühlen Sie sich als ...?" (1 "gar nicht" bis 5 "voll und ganz"). Deutsche/türkischer Herkunft wurden jeweils nach ihrer Zugehörigkeit als Türke/Türkin und Kurde/Kurdin gefragt, Russlanddeutsche als Russlanddeutsche/r, Russe/Russin und falls das Herkunftsland ein anderes Land der Sowjetunion darstellt, nach der Zugehörigkeit zu diesem Land (z.B. Kirgise/Kirgisin). Anschließend nehmen wir den höchsten Wert über alle ethnischen Gruppen für jeden Befragten. Zusätzlich haben wir diese Frage auch für die Gruppe der Deutschen gestellt. Wir konstruieren einen Index, der den Wert 0 annimmt, wenn jemand sich weder als Deutscher noch der Migrationsgruppe zugehörig fühlt (Werte für nationale und ethnische Identifikation 3 und geringer), 1 falls sich jemand stärker als Deutscher denn als Teil der Migrationsgruppe fühlt, 2 falls beide Identifikationen gleich stark sind und eine duale Identität vorliegt und 3 falls sich jemand stärker der Migrationsgruppe zugehörig fühlt. Schlussendlich kontrollieren wir noch für die Herkunft (West-/Ostdeutschland) und bei gemeinsamen Analysen für die Migrationsgruppe (1=Türkei, 2=ehemalige Sowjetunion). Wir schließen alle Befragte mit fehlenden Werten von den Analysen aus.

## 5. Ergebnisse

Für unsere Analysen berechnen wir logistische Regressionsmodelle mit robusten Standardfehlern. Dabei untersuchen wir zuerst, ob die Standardmodelle auch für die Erklärung der Wahlteilnahme von Wähler/innen mit Migrationshintergrund herangezogen werden können und, wenn ja, welche Erklärungsfaktoren besonders stark die Wahlteilnahme begünstigen. Anschließend untersuchen wir, ob die migrantenspezifischen Faktoren einen zusätzlichen Erklärungsgewinn liefern bzw. in einem eigenen Modell signifikante Prädiktoren sind.

Die Ergebnisse der multivariaten Analysen sind in Tabelle 4 zusammengefasst. Dabei wurde das Modell mit den Standardvariablen der Wahlbeteiligungsforchung für die Gruppe der Autochthonen, der Deutschen aus der Türkei und der Russlanddeutschen jeweils separat geschätzt.

Für das Ressourcenmodell stellen wir fest, dass sich bei Autochthonen und Deutschtürken die Erklärungsmuster ähneln, mit Ausnahme des Alters (hier gibt es einen linearen, positiven Effekt bei autochthonen Deutschen, und einen kurvilinearen bei Deutschtürken). Im Vergleich zu niedriger Bildung, erhöht eine mittlere/höhe Bildung signifikant die Wahlbeteiligung. In der Gruppe der Russlanddeutschen ist es vor allem die Gewerkschaftsmitgliedschaft, die die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit um 23 Prozentpunkte erhöht. Für die Gruppe der psychologischen Faktoren führt das Vorhandensein einer Parteibindung in allen drei Teilgruppen zu einer erhöhten Wahlwahrscheinlichkeit von 4 (GLES) bis 16 (IMGES, Türkeistämmige) Prozentpunkten. Ein Gefühl der internen politischen Wirksamkeit hat jedoch nur bei Russlanddeutschen einen positiven, signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Hinsichtlich der Variablen des Mobilisierungsmodells stellt die Frequenz der politischen Gespräche im Freundeskreis bei allen drei Teilgruppen einen hohen, signifikanten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung dar: Wer sich an sieben Tagen mit Freunden über Politik unterhält, nimmt mit 14 (GLES) bis 30 (IMGES, Türkei) Prozentpunkten höherer Wahrscheinlichkeit an der Bundestagswahl teil, als Personen, die sich nie mit ihren Freunden über Politik unterhalten. Die Teilnahme an religiösen Zeremonien hat keinen signifikanten Zusammenhang, das Vorhandensein einer festen Partnerschaft einen positiven Zusammenhang nur bei autochthonen Deutschen und Deutschen aus der Türkei. Insgesamt beteiligen sich die autochthonen Deutschen im Westen mehr als die Bürger/innen im Osten, für die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund finden wir hier jedoch keinen Effekt.

*Tabelle 2:* Logistische Regression der Wahlbeteiligung nach Gruppen, Average Marginal Effects

	Standardmodelle		Baseline-Modell		Gesamt-Modell		
	GLES	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR	IMGES, Türkei	IMGES, UdSSR
Alter	0.39* (0.19)	-2.24 (1.20)	1.38 (0.90)			-1.79 (1.10)	1.90* (0.97)
Alter quadriert	-0.00 (0.00)	0.00* (0.00)	-0.00 (0.00)			0.00* (0.00)	-0.00* (0.00)
Geschlecht: weiblich	-0.00 (0.02)	-0.02 (0.05)	0.01 (0.06)			0.01 (0.05)	0.02 (0.06)
Bildung (Referenz: niedrig)							
Bildung: mittel	0.07* (0.03)	0.20* (0.08)	0.11* (0.06)			0.14 (0.09)	0.11 (0.07)
Bildung: hoch	0.12*** (0.03)	0.23** (0.08)	0.08 (0.08)			0.20* (0.08)	0.09 (0.08)
Gewerkschaftsmitgliedschaft	0.04 (0.03)	0.06 (0.06)	0.23* (0.10)			0.05 (0.06)	0.22* (0.10)
<i>Politische Einstellungen und Überzeugungen</i>							
Interne politische Efficacy	0.01 (0.01)	0.00 (0.03)	0.06* (0.03)			-0.01 (0.11)	0.26* (0.11)
Parteiidentifikation	0.04* (0.02)	0.16** (0.06)	0.12* (0.06)			0.17** (0.05)	0.13* (0.06)
Zufriedenheit mit Demokratie	0.09* (0.04)	-0.06 (0.14)	-0.12 (0.13)			-0.05 (0.15)	-0.09 (0.12)
<i>Mobilisierungsmodell</i>							
Feste Partnerschaft	0.07*** (0.02)	0.15* (0.07)	0.05 (0.07)			0.15** (0.05)	0.04 (0.06)
Teilnahme an religiösen Zeremonien	0.03 (0.03)	0.19 (0.10)	-0.21 (0.13)			0.17 (0.10)	-0.21 (0.13)
Frequenz politischer Diskussionen mit Freunden	0.14*** (0.04)	0.30** (0.11)	0.24* (0.10)			0.25* (0.10)	0.24** (0.09)
<i>Kontrollvariable</i>							
Herkunft: Westdeutschland	0.04** (0.02)	-0.16 (0.11)	-0.07 (0.09)			-0.12 (0.09)	-0.07 (0.09)
<i>Migrantenspezifische Faktoren</i>							
Deutsche Sprachkenntnisse				0.17 (0.23)	0.13 (0.17)	0.11 (0.18)	-0.07 (0.16)
Anteil der in Deutschland verbrachten Lebenszeit				-0.01 (0.29)	0.08 (0.16)	0.23 (0.22)	0.25 (0.19)
Identifikation (Referenz: mehr ausländisch)							
Keine Identifikation				-0.03 (0.12)	0.21* (0.10)	-0.05 (0.08)	0.13 (0.09)
Mehr deutsch				0.14 (0.08)	0.14 (0.08)	0.07 (0.07)	0.07 (0.07)
Gleichermaßen				-0.01 (0.10)	0.19* (0.08)	-0.06 (0.08)	0.13 (0.07)
Diskriminierungsindex				0.06 (0.12)	0.07 (0.17)	-0.01 (0.09)	0.04 (0.15)
Bridging Sozialkapital				0.24 (0.20)	0.18 (0.21)	0.07 (0.19)	-0.21 (0.20)
Bonding Sozialkapital				0.42 (0.25)	-0.28 (0.28)	0.26 (0.27)	-0.37 (0.26)
N	1641	415	420	415	420	415	420

McFadden's R <sup>2</sup>	0.17	0.14	0.10	0.03	0.00	0.14	0.10
AIC	869	416	494	469	548	416	493
BIC	944	473	550	510	588	505	582

Der Effekt von Bildung, Parteiidentifikation und Gesprächen mit Freunden lässt sich in allen drei Gruppen beobachten, zudem gibt es fast keine Variablen, die in der Gruppe der autochthonen Wähler/innen keinen Einfluss haben, für Bürger/innen mit Migrationshintergrund jedoch wichtige Einflussgröße sind. Schlussendlich können wir feststellen, dass das Standardmodell die Wahlbeteiligung in allen drei Gruppen relativ zufriedenstellend vorhersagen kann, mit McFadden's-R<sup>2</sup>-Werten, die zwischen 0.10 (Russlanddeutsche) und 0.17 (Autochthone) liegen.

Welchen Einfluss haben nun die migrantenspezifischen Faktoren? Fast keinen. In Tabelle 4 sind die durchschnittlichen vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten (AME) ausgewiesen, in Spalte 4 und 5 für das Basismodell ohne die Variablen des Standardmodells und in Spalte 6 und 7 für das Gesamtmodell, jeweils separat für die Gruppe der Deutschen aus der Türkei und der ehemaligen Sowjetunion. Wir sehen für das Baseline-Modell, dass lediglich für die Gruppe der Russlanddeutschen (Spalte 5) die Identifikation mit Herkunftsland und Aufnahmegerütschaft einen schwach signifikanten Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Im Vergleich zu einer stärkeren ethnischen Identifikation erhöht sowohl eine fehlende Identifikation mit den beiden Gruppen als auch das Vorhandensein einer dualen Identität die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit um etwa 20 Prozentpunkte. Betrachtet man jedoch das vollständige Modell aus Standardfaktoren und migrantenspezifischen Faktoren, so sehen wir, dass dieser Einfluss der Identifikation im Gesamtmodell nicht mehr signifikant mit der Wahlbeteiligung zusammenhängt und über Variablen der Standardtheorien mediert wird. Die anderen Einflussgrößen wie Bonding und Bridging Capital, Sprachkenntnisse, Lebenszeit in Deutschland und Diskriminierungserfahrung haben weder im Baseline- noch im Gesamtmodell einen signifikanten Einfluss. Der AIC für das Standardmodell aus Spalte 2 und 3 sowie das Gesamtmodell aus Spalte 6 und 7 sind dabei jeweils gleich hoch, das heißt, dass trotz Hinzunahme weiterer Faktoren die Erklärungskraft des Modells nicht steigt. Auch durchgeführte Waldtests zeigen, dass durch die Hinzunahme der migrantenspezifischen Faktoren die Modellgüte nicht signifikant verbessert wird.

Wir stellen also fest, dass die Standardansätze eine hinreichend gute Erklärung der Wahlbeteiligung auch bei Bürger/innen mit Migrationshintergrund darstellen und migrantenspezifische Variablen und Ansätze sowohl alleine betrachtet als auch als Ergänzung zu den Standardansätzen kaum eigene Erklärungsleistung aufweisen. Dies hatten wir auch theoretisch angenommen, da viele der mediierenden Variablen von Identität, Diskriminierung und ethnischen Netzwerken bereits in den Standardmodellen enthalten sind und daher wenig bleibt, das mit diesen mehr gruppenbasierten Variablen erklärt werden kann. Dies bedeutet nicht, dass migrantenspezifische Variablen generell irrelevant für das politische Verhalten von Bürger/innen mit Migrationshintergrund sind. Wir zeigen jedoch, dass

Standardmodelle die Wahlbeteiligung von Bürger/innen mit Migrationshintergrund in Deutschland erklären können und dass der Einbezug spezifischer Migrationsvariablen keine sinnvolle Verbesserung bringt.

## 6. Fazit

In diesem Beitrag haben wir die Bestimmungsfaktoren für die Wahlteilnahme bei Bürger/innen mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017 untersucht. Bisherige Studien haben eine Vielzahl von Standardmodellen und migrantenspezifischen theoretischen Ansätzen hervorgebracht, die wir in diesem Beitrag gegeneinander getestet haben. Als Ausgangsbasis konnten wir feststellen, dass die Wahlbeteiligungsrate bei Bürger/innen mit Migrationshintergrund etwa 15-20 Prozentpunkte niedriger liegt als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Unsere Ergebnisse konnten zeigen, dass sich Standardmodelle für die Erklärung dieser Unterschiede empirisch besser bewähren: Die formale Bildung als wichtige Ressource, das Vorhandensein einer Parteiidentifikation als psychologische Einflussgröße sowie eine hohe Frequenz von Gesprächen mit Freunden als Teil des Mobilisierungsmodells zeigen für Bürger/innen mit und ohne Migrationshintergrund einen positiven Zusammenhang mit der individuellen Wahlbeteiligung. Migrantenspezifische Variablen, wie Sprachkenntnisse, Länge des Aufenthalts, Diskriminierung, die Kombination aus ethnischer und nationaler Identität sowie ethnische Netzwerke waren von einer Ausnahme abgesehen für die direkte Erklärung der Wahlbeteiligung irrelevant. Lediglich für die Gruppe der Russlanddeutschen senkt das Vorliegen einer starken Identifikation mit der Herkunftsgruppe/ethnische Identität signifikant die Wahlbeteiligungswahrscheinlichkeit. Unter Einbezug der Variablen der Standardmodelle zeigt sich, dass migrantenspezifische Variablen keine signifikante Prädiktoren sind und dass ihr Einbezug die Erklärungskraft der Modelle nicht signifikant verbessert. Ein ähnliches Ergebnis zeigen für einen Teil der Standardvariablen bereits Bevelander und Pendakur (2009) für Kanada. Zuletzt stellen wir fest, dass die Ergebnisse in beiden Migrantengruppen gleichermaßen gut (Standardmodelle) bzw. schlecht (migrantenspezifische Ansätze) ausfallen, und es Unterschiede lediglich auf der Ebene der einzelnen Variablen gibt.

## Literatur

- Berry, John W.*, 1984: Multicultural policy in Canada. A social psychological analysis, Canadian Journal of Behavioural Science/Revue canadienne des sciences du comportement 16: 353-370.
- Bevelander, Pieter*, 2015: Voting Participation of Immigrants in Sweden-a Cohort Analysis of the 2002, 2006 and 2010 Elections, Journal of International Migration and Integration 16: 61-80.
- Bevelander, Pieter*, und *Ravi Pendakur*, 2009: Social capital and voting participation of immigrants and minorities in Canada, Ethnic and Racial Studies 32: 1406-1430.
- Blais, André*, und *Christopher H. Achen*, 2018: Civic Duty and Voter Turnout, Political Behavior 1: 1-25.
- Brady, Henry E.*, *Sidney Verba* und *Kay L. Schlozman*, 1995: Beyond SES: A Resource Model of Political Participation, American Political Science Review 89: 271-294.
- Brehm, John*, und *Wendy Rahn*, 1997: Individual-Level Evidence for the Causes and Consequences of Social Capital, American Journal of Political Science 41: 999-1023.
- Burden, Barry C.*, 2000: Voter Turnout and the National Election Studies, Political Analysis 8: 389-398.
- Campbell, Angus*, *Philip E. Converse*, *Warren E. Miller* und *Donald Stokes*, 1960: The American Voter. New York/London: John Wiley & Sons.
- Cho, Wendy K. T.*, 1999: Naturalization, Socialization, Participation: Immigrants and (Non-)Voting, Journal of Politics 61: 1140-1155.
- Dalton, Russell J.*, 2008: Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation, Political Studies 56: 76-98.
- DeSipio, Louis*, 1996: Making Citizens or Good Citizens? Naturalization as a Predictor of Organizational and Electoral Behavior among Latino Immigrants, Hispanic Journal of Behavioral Sciences 18: 194-213.
- DESTATIS*, 2018: Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht/Altersjahre/Familienstand. Tabelle 12521-0001.
- Die Welt*, 2016: "Man hat die reingelassen. Und uns gibt man nichts.". Die Welt.
- Diehl, Claudia*, und *Michael Blohm*, 2001: Apathy, adaptation or ethnic mobilisation? On the attitudes of a politically excluded group, Journal of Ethnic and Migration Studies 27: 401-420.
- Downs, Anthony*, 1957: An economic theory of democracy. New York: Harper & Row.
- 2017.
- Der Tagesspiegel, 2017: "Erdogan ruft Türken zu Wahlboykott von CDU und SPD auf.". Der Tagesspiegel.
- Fennema, Meindert*, und *Jean Tillie*, 1999. Political participation and political trust in Amsterdam. Civic communities and ethnic networks, Journal of Ethnic and Migration Studies 25: 703-726.
- Fischer-Neumann, Marion*, 2014: Immigrants' Ethnic Identification and Political Involvement in the Face of Discrimination. A Longitudinal Study of the German Case, Journal of Ethnic and Migration Studies 40: 339-362.
- Gallego, Aina*, 2010: Understanding unequal turnout: Education and voting in comparative perspective, Electoral Studies 29: 239-248.
- Gerber, Alan S.*, und *Todd Rogers*, 2009: Descriptive Social Norms and Motivation to Vote: Everybody's Voting and so Should You, Journal of Politics 71: 178-191.

- Goerres, Achim, Sabrina Mayer und Dennis Spies*, 2018a: Immigrant Voters against Their Will. A Focus Group Analysis of Identities, Political Issues and Party Allegiances among German Resettlers during the 2017 Bundestag Election Campaign, *Journal of Ethnic and Migration Studies*.
- Goerres, Achim, Dennis C. Spies und Sabrina J. Mayer*, 2018b: Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen. Workingpaper 1. [https://www.researchgate.net/publication/323534980\\_Deutsche\\_mit\\_Migrationshintergrund\\_bei\\_der\\_Bundestagswahl\\_2017\\_Erste\\_Auswertungen\\_der\\_Immigrant\\_German\\_Election\\_Study\\_zu\\_Deutschturken\\_und\\_Russlanddeutschen](https://www.researchgate.net/publication/323534980_Deutsche_mit_Migrationshintergrund_bei_der_Bundestagswahl_2017_Erste_Auswertungen_der_Immigrant_German_Election_Study_zu_Deutschturken_und_Russlanddeutschen)
- Heath, Anthony F., Stephen D. Fisher, Gemma Rosenblatt, David Sanders und Maria Sobolewska*, 2013: The political integration of ethnic minorities in Britain. 1. ed. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Jacobs, Dirk, und Jean Tillie*, 2004: Introduction. social capital and political integration of migrants, *Journal of Ethnic and Migration Studies* 30: 419-427.
- Leal, David L., Stephen A. Nuño, Jongho Lee und Rodolfo O. de La Garza*, 2008: Latinos, Immigration, and the 2006 Midterm Elections, *PS: Political Science & Politics* 41: 309-317.
- Oskooii, Kassra A.R.*, 2018: Perceived Discrimination and Political Behavior, *British Journal of Political Science*: 1-26.
- Pätzold, André, Julius Tröger, David Wendler und Christopher Möller*, 2017: Das sind die 15 wichtigsten politischen Probleme in Deutschland. *Berliner Morgenpost*.
- Saggar, Shamit*, 2000: Race and representation. Electoral politics and ethnic pluralism in Britain. Manchester: Manchester University Press.
- Sanchez, Gabriel R.*, 2006: The Role of Group Consciousness in Political Participation Among Latinos in the United States, *American Politics Research* 34: 427-450.
- Schäfer, Armin, Hanna Schwander und Philip Manow*, 2016: Die sozial "auffälligen" Nichtwähler. Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. S. 21-44 in: *Harald Schoen und Bernhard Weßels (Hg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schlozman, Kay L., Nancy Burns und Sidney Verba*, 1994: Gender and the Pathways to Participation. The Role of Resources, *Journal of Politics* 56: 963-990.
- Siebenbürgische Zeitung*, 2017: Union fordert in ihrem Wahlprogramm höhere Renten für Spätaussiedler. *Siebenbürgische Zeitung*.
- Simon, Bernd, und Olga Grabow*, 2010: The Politicization of Migrants. Further Evidence that Politicized Collective Identity is a Dual Identity, *Political Psychology* 31: 717-738.
- Simon, Bernd, und Bert Klandermans*, 2001: Politicized collective identity. A social psychological analysis, *American Psychologist* 56: 319-331.
- Smets, Kaat, und Carolien van Ham*, 2013: The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout, *Electoral Studies* 32: 344-359.
- Spiegel Online*, 2017: Rechtsruck in "Klein-Moskau". *Spiegel Online* 2017.
- Stokes, Atiya K.*, 2003: Latino Group Consciousness and Political Participation, *American Politics Research* 31: 361-378.
- Tajfel, Henri*, 1978: Differentiation between social groups. *Studies in the social psychology of intergroup relations. European monographs in social psychology*, Bd. 14. London [u.a.]: Academic Press.
- Tajfel, Henri, und John C. Turner*, 1979: An integrative theory of intergroup conflict. S. 33-47 in: *William G. Austin und Stephen Worchel (Hg.): The social psychology of intergroup relations*. Monterey, Calif: Brooks/Cole.

- WirtschaftsWoche*, 2017: Özoguz ruft Deutsch-Türken zur Wahlteilnahme auf. *WirtschaftsWoche*.
- Wiist, Andreas M., 2004: Naturalised Citizens as Voters. Behaviour and Impact, German Politics 13: 341-359.